

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierjährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tele.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Fernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 26.

Sonnabend, den 1. Februar

1913.

Vor dem Wiederausbruch des Gewitters.

Wie der Donner auf den Blitz folgt, folgte gestern auch der Meldung vom Abbruch der Friedensverhandlungen die Nachricht, daß das Armeehauptquartier anzuweisen sei, den Waffenstillstand zu kündigen. Und das war keine leere Drohung; denn der Anweisung ist die unverzügliche Kündigung gefolgt:

Konstantinopel, 30. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Verbündeten haben den Waffenstillstand von heute 7 Uhr ab gelündigt.

Nun steht die Welt vor der großen Frage: Wird am Sonntagabend der Schuß der Kanonen sich wieder auslösen? Wir glauben noch nicht daran. Die Mixture, welche die Balkanier mit ihren energiegelassen Schritten der Türkei zubereitet haben, scheint eine recht heilsame Wirkung selbst auf die heißspornigen Jungtürken ausgeübt zu haben. Schnelligst haben letztere die Antwort auf die Note der Mächte eingeholt, und die Jungtürken zeigen sich in ihr zwar, so wenig abweichend von den Beschlüssen des alten Kabinetts, daß man doppelt schwer den Putsch der Jungtürken, der einer Anzahl Personen das Leben kostete, verurteilen muß. Doch das mag zurücktreten hinter die noch glimmenden Hoffnungspunkte auf Erhaltung des Friedens: denn nun, da die Türkei sich so überaus entgegenkommend zeigt, werden die Mächte eine weitere Vermittlung leicht übernehmen können. Mögen hier nun die eingelaufenen Depeschen über die türkische Antwortnote folgen:

Konstantinopel, 30. Januar. Die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte ist heute vormittag überreicht worden.

Konstantinopel, 30. Januar. Heute vormittag um 11 Uhr hat der Großwesir dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwortnote der Türkei überreicht. Die Note ist ausführlich, in einem gemäßigten Tone gehalten und fällt vier Bogenzeiten. Ueber den Inhalt verlautet folgendes: Die Pforte besteht darauf, diejenigen Teile von Adrianopel zu behalten, in welchen die heiligen Orte der Mohammedaner liegen. Sie ist bereit, das rechte Ufer der Mariya abzutreten. Was die Inseln im Ägäischen Meere anbetrifft, so wünscht die Türkei aus strategischen Gesichtspunkten ihre Souveränität über diejenigen Inseln aufrecht zu erhalten, welche in der Nähe ihrer Küsten liegen. Jedoch überläßt sie den Mächten die Bestimmung des Regimes, unter welches diese Inseln gestellt werden sollen. Sie nimmt Kenntnis von Zusagen der Mächte, sie in der Entwicklung des Landes zu unterstützen. Zum Schluß kommt sie noch einmal auf die religiösen und historischen Gründe zurück, welche die Türkei zwingen, den Teil von Adrianopel zu behalten, welcher die den Muslimen heiligen Orte enthält. Jedoch erklärt sie sich bereit, die Befestigungen von Adrianopel zu schleifen.

Also damit hat sich die Türkei, das neue Kabinet, ebenfalls zur Abtretung eines Teiles von Adrianopel bereit erklärt und das ist eine gute Vorbedeutung für die Erhaltung des Friedens. Daß die Mächte vor wie nach ihre Bemühungen fortsetzen werden, den Wiederausbruch des Krieges, wenn irgend möglich, zu verhindern, davon ist jeder überzeugt. Daß die politische Lage aber immer noch eine bedenkliche ist, darf und kann man nicht abstreiten. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß in dieser ersten Zeit die Sozialdemokratie mit ihrer hochverräterischen Heppolitik einsetzt. Wir sind überzeugt, das kein Erzgebirgler zurückstehen mag, dem Vaterlande zu dienen mit Gut und Blut, wenn es in Gefahr ist; trotzdem die in Chemnitz erscheinende „Erzgeb. Volksstimme“ sich nicht schämt, im Falle eines Krieges, die Arbeiterkraft aufzufordern, gegen das Vaterland sich zu erheben. Was das genannte Blatt in ihrer Nummer 24 vom Donnerstag schreibt, ist ausgesprochenste Aufforderung zur Revolution im Kriegsjahre. Das Blatt schreibt wörtlich: „Einschreiten freitlich (sind) die Großmächte einzig darin zu sein, jedes unmittelbare Eingreifen in die Balkanwirren abzulehnen. Wenn sie daran konsequent weiter festhalten, wird die Klassenbewußte Arbeitererschaft nicht nötig haben, in Aktion zu treten.“

Nun bitten wir, uns zu sagen, in was für eine Aktion man zu treten gedenkt? Bruch des Fahneneides? Verweigerung des Schutzes von Haus und Herd im eigenen Vaterland? Wir wollen der Volksstimme sagen,

daß eine Revolution, zu der sie in den paar Zeilen geradezu auffordert, entsehllicher, verderbenbringender ist für alle, als ein Verteidigungskrieg für's Vaterland.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Aus dem Reichstag. Die Reichstagskommission hat den Gesetzentwurf über die Monopolisierung des Verkaufs von Leuchtlampen in erster Lesung abgelehnt.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloß heute einstimmig die Wahl Kölsch (nationall.) — Baden 7, Osnabrück, Mehl — für ungültig zu erklären.

Konferenz zur Ermittlung der für die Preisbildung auf dem Fleischmarkt maßgebenden Faktoren. Die Konferenz zur Ermittlung der Faktoren, die für die Preisbildung auf dem Fleischmarkt maßgebend sind, trat am Donnerstag nach einmonatiger Pause im Reichstagsgebäude wieder zusammen. Den Vorsitz führte Staatssekretär Tesbrüch. Die Resultate der Ermittlungen gaben Anlaß zu erneuten Anfragen und Anregungen und veranlaßten das Austausch neuer prinzipieller und materieller Streitfragen, so daß man den Einbruch gewann, noch immer keinen realen Boden zur schlüssigen Beantwortung des hier zur Ergründung gestellten Problems gefunden zu haben.

Abwehr des französischen Boykotts? Gegenüber den Maßnahmen der französischen Regierung bezüglich der Beschäftigung von Ausländern in französischen Unternehmungen fordert die „Kölnische Zeitung“ zu Gegenmaßnahmen auf, da sich die Spitze dieser Bewegung gegen Deutschland richte. Auf dieses gehässige Treiben müsse Deutschland eine gebührende Antwort erteilt und französische Waren boykottiert werden.

Sozialdemokratische Gewalttaten. Ein Bäckerjunge in Bad Reichenhall, ein bejahrter, verheirateter Mann, Vater von neun Kindern, ist infolge eines Gewalttates der sozialdemokratischen Gewerkschaft brotlos geworden und steht vor seinem wirtschaftlichen Ruin. Die sozialdemokratische Gewerkschaft verhängte an dortige Bäckermeister ein Schreiben, dessen Hauptteil lautete: „Um Sie vor einer Geschäftsschädigung zu schützen, bin ich beauftragt, Ihnen die Erklärung der organisierten Arbeiterschaft mitzuteilen, dahin lautend, daß dieselbe beim Einkauf von Brot nur mehr die Betriebe berücksichtigen wird, in denen organisierte Gehilfen beschäftigt sind.“ Der Bäckerjunge Stallinger verlor lediglich aus diesem Grunde seine Arbeitsstelle und bekam keine andere mehr, weil sich kein Meister traute, ihn zu nehmen. Stallinger verklagte den Gewerkschaftsvertreter der Noten, und dieser wurde vom Amtsgericht Reichenhall zu 28,50 Mk. Schadenersatz (Wochenlohn u. Naturalien) verurteilt, weil das Vorgehen der Noten gegen die guten Sitten verstößt.

Wenn ein derartiges Vorgehen allgemein würde, wären die Noten nicht entfernt so herausfordernd. Auf alle Fälle ist es höchste Zeit, daß dem grenzenlosen Uebermut der Umsturzpartei einmal energig ein Riegel vorgehoben werde. Dieser brutale Terrorismus, der von der Sozialdemokratie ausgeht, wird, um 12 Uhr, der nicht den roten Organisationen sich beugt, um sein Brot zu bringen, schreit förmlich danach, daß die bürgerliche Gesellschaft sich zusammenschließt, um eine solche himmelschreiende Tyrannei mit allem Nachdruck abzuwehren.

Frankreich.

Französischer Ministerrat. Ministerpräsident Briand hat am Donnerstag Vormittag einen Kabinettsrat abgehalten, der sich über die Stellung der Regierung zu dem Wahlreformentwurf der Kommission des Senats schlüssig gemacht hat. Der Minister des Auswärtigen berichtete über die äußere Lage. Der Kabinettsrat billigte den Amnestieentwurf, den Briand am Donnerstag Nachmittag in der Kammer eingebracht hat. Der Entwurf sieht eine Amnestie für alle im Jahr 1912 abgeurteilten politischen Vergehen, insbesondere für die durch die Presse begangenen sowie für Vergehen gegen das Versammlungsrecht, das Vereinsrecht und die Bestimmungen über die Teilnahme an Kundgebungen vor.

Das französische Militärflugwe-

sen. Der französische Budgetausschuß beauftragt seinen Obmann Cochery und den Berichterstatter des Kriegsbudgets, Elementel, eine genaue Untersuchung über die gegenwärtige Lage des französischen Militärflugwesens vorzunehmen. Cochery und Elementel erfordern insoweit den Kriegsminister, alle erforderlichen Weisungen zu erteilen, damit sie diese Prüfungen an Ort und Stelle in möglichst gründlicher Weise vornehmen könnten.

Holland.

Todesnachricht. Der frühere Kriegsminister und namhafte Schriftsteller auf dem Gebiete des internationalen Seekriegsrechts General van den Bergh Poortugaal ist gestorben. Er war Mitarbeiter der Genfer Konvention von 1864, Delegierter bei den Haag-er Friedenskonferenzen und ein eifriger Verfechter der Souveränität der Niederlande über die Schelde.

England.

Der englische Flottenetat. Nach den „Times“ erwartet man, daß der Flottenetat des kommenden Jahres sich zwischen 46 u. 47 Millionen Pfund Sterling bewegen wird. Das würde eine Zunahme von ungefähr 2000000 Pfund Sterling bedeuten.

Die lieben Frauenrechtlerinnen. Während der Feierlichkeit aus Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Dundee an den Premierminister Asquith kam es zu Tumulten. Asquith wurde, als er auf eine an ihn gerichtete Ansprache erwiderte, andauernd von Anhängern des Frauenstimmrechtes unterbrochen. Eine Frau, die Asquith einen Verräter nannte, wurde unter großem Lärm hinausbefördert. Als man dann fortfuhr, eine der Demonstrantinnen nach der anderen hinauszuführen, packte die Frauen der Schrecken, sie ergriffen vor ihren Verfolgern die Flucht und wollten von einer Gallerie 20 Fuß tief herabspringen. Man hielt sie jedoch noch im letzten Augenblick zurück. Schließlich ließ der Tumult nach, und Asquith konnte weiterreden.

Vertikale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 31. Januar. Am kommenden Sonntag wird in allen Kirchen Sachsens eine Kollekte für die kirchliche Jugendpflege eingesammelt werden. Die oberste Kirchenbehörde des Landes weist dabei zur Begründung der Kollekte darauf hin, wie die Notwendigkeit der Jugendpflege immer mehr erkannt wird und wie dadurch die Richtigkeit dessen erreicht werde, was die Kirche schon in jahrzehntelanger stiller, unermüdlicher Weise getan hat. Ueber dem aber, was neuerdings auch von anderen Seiten geschieht, ist die Arbeit der Kirche auch jetzt nicht überflüssig geworden. Im Gegenteil bedarf die Jugendbewegung einer kraftvollen christlichen Mitarbeit, damit nicht unter äußerem Spiel- und Sportbetrieb das Beste der Jugend — ihre Seele vergeren wird. Um organisatorisch wirken zu können, um Berufsarbeiter anzustellen, um Jugendheimen, Jugendbibliotheken gründen und ausbauen zu helfen, bedarf es so großer Mittel, daß das Landeskonfessionsrat eine ständige jährliche Kollekte einzuführen beschloffen hat. — Möchten auch in unserer Gemeinde viele Herzen und Hände zur Mithilfe bereit sein. Es handelt sich um das Beste und Größte, was ein Volk hat: um seine Jugend!

Sosa, 29. Januar. Das diesjährige Wintervergnügen des hiesigen Erzgebirgszweigsvereins wurde gestern abend im Saale des Gasthofs „zum Ring“ durch Konzert und Ball begangen. Das vortreffliche Konzert bot die Auer Stadtkapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters Sauter. Die Ganznummer bildete das Andante mit Variationen aus dem A-dur Quartett von Beethoven. Während des Balls wurden ein „Schumperlied“ und ein anderes erzgebirgisches Lied gemeinsam gesungen. Herr Förster Gütler brachte nach kurzer Ansprache auf Kaiser Wilhelm II. anlässlich des Geburtstags des Monarchen ein begeistertes aufgenommenes Hoch aus.

Dresden, 30. Januar. Seitens des Sächsischen Finanzministeriums wird bestritten, daß die Reichsregierung mit der sächsischen Regierung verhandelt habe, um sie einer Vermögenszuwachsteuer geneigt zu machen. Wie der Korrespondent der „Frankf. Zeitg.“ von besonderer Seite erfährt, würden derartige Verhandlungen voraussichtlich auch zu keinem Herrn von Bethmann-Hollweg befriedigenden Resultate führen.

Zwickau, 30. Januar. Heute früh ist in einem Hause der Reichenbacher Straße hier eine unbekannte Frau im Treppenhause zum Balzhause tot aufgefunden worden. Sie ist vermutlich im Finstern die Treppe hinabgestürzt und hat das Genick gebrochen.